

Dr. Harald Kegler, Labor für Regionalplanung, Dessau/Ferropolis



Situation in Ostdeutschland:
Entwicklungsperspektiven und Handlungsstrategien



Sonderheft 01, 2006

Schriftenreihe



In Zusammenarbeit mit der Initiative Landschaft des Landes Rheinland-Pfalz und der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft nachhaltige Landentwicklung (ArgeLandentwicklung)

Ländlicher Raum auf Roter Liste

Der Beitrag der Integrierten
Ländlichen Entwicklung
zur Schaffung
von Arbeitsplätzen
unter besonderer
Berücksichtigung der
demographischen
Entwicklung in Deutschland

Deutsche
Landeskulturgesellschaft
DLKG



Leere Worte für leere Regionen

Bundesregierung will über ländliche Räume lediglich lange reden



Dr. Harald Kegler, Labor für Regionalplanung, Dessau/Ferropolis



ABSCHIED VOM WACHSTUM

Deutschland ist das mit Abstand bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Zahl der Einwohner von damals 68 Millionen kontinuierlich auf mittlerweile 83 Millionen gestiegen. Deutschland ist nach wie vor einer der stärksten Industriestandorte der Welt. Warum also sollte man sich Sorgen machen um eine schrumpfende Nation?

Weil demografische Veränderungen einen langen Vorlauf haben. In Wirklichkeit gehen die Kinderzahlen in Deutschland seit über hundert Jahren zurück. Die Frauen des Jahrgangs 1935 waren die letzten, die im Mittel 2,1 Kinder bekamen. So viele wären nötig, um den Bestand einer Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Seit Anfang der 1970er Jahre ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Von hundert Deutschen bleiben deshalb 30 Jahre später nur noch etwa 70 übrig. Würde man diese Entwicklung extrapolieren, ginge es bald zu Ende mit dem Volk der Dichter und Denker.

Dass wir von dem Rückgang bislang so wenig gespürt haben, hat zwei Gründe: Zum einen ist die Lebenserwartung allein im vergangenen Jahrhundert um 31 Jahre gestiegen. Zum anderen leben in Deutschland mittlerweile rund zwölf Millionen Menschen mit „Migrations-Hintergrund“: Aussiedler, Ausländer und eingebürgerte Migranten. Sie und die Alten füllen die demografischen Lücken, die durch den Geburtenrückgang entstanden sind. Vorerst jedenfalls.

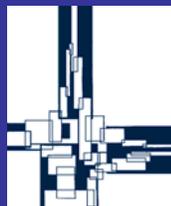
Doch damit hat es bald ein Ende: Die Prognostiker des Statistischen Bundesamtes sagen bis zum Jahr 2050 einen Schwund von zehn Millionen Menschen voraus – und zwar unter der Annahme, dass die Lebenserwartung weiter steigt und jährlich 200.000 Personen aus dem Ausland zu uns einwandern. Kämen nur 100.000 im Jahr, wären wir 2050 schon um 16 Millionen ärmer. Ganz ohne Migranten um 30 Millionen. Im Jahr 2100 würden dann in Deutschland nur noch 24 Millionen Menschen wohnen – so viele wie Anfang des 19. Jahrhunderts.

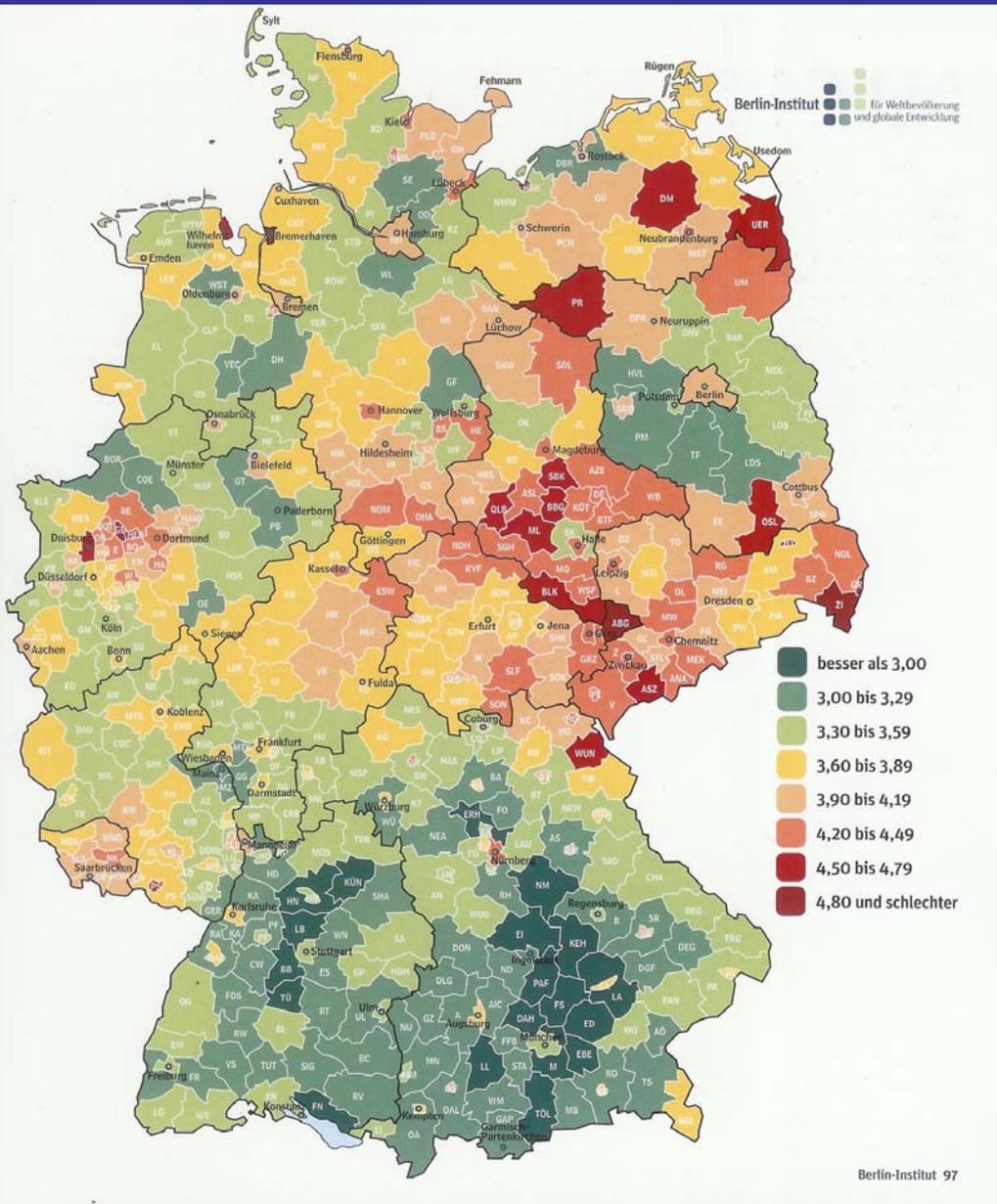
Ob mit oder ohne Zuwanderer: Immer weniger Kinder und mehr alte Menschen führen zwangsläufig dazu, dass einer immer kleiner werdenden Gruppe an Werktätigen immer mehr Versorgungsbedürftige gegenüber stehen. Die Folgen dieser Entwicklung sind unter Demografen seit Jahrzehnten bekannt. Politiker allerdings haben das Problem lange ignoriert. Erst die Krise der Renten- und Krankenversicherungskassen hat das Thema an die Oberfläche gebracht. Doch die jetzt angeschobene Diskussion erfasst den wirklichen Umfang des demografischen Wandels nicht einmal im Ansatz: Deutschland wird sich, wie andere Industrienationen auch, in den kommenden Jahrzehnten von Grund auf verändern.

Die Veränderungen betreffen praktisch alle Bereiche unseres Lebens: Schulen und Hochschulen, Regional- und Stadtplanung, Industrie, Handel und Immobilienwirtschaft, die öffentlichen und privaten Investitionen, den Umgang mit ausländischen Mitbürgern – und letztlich das, was wir unsere Kultur nennen.

Die neuen Bundesländer haben in den vergangenen 14 Jahren im Zeitraffer vorgemacht, wozu Kinderarmut, Überalterung, Strukturwandel und Abwanderung führen können: Der Osten Deutschlands hat seit der Wende rund zwei Millionen Menschen verloren – vor allem junge und qualifizierte. Diese Entwicklung wird weitergehen – und sie hat längst auch den Westen erfasst. Neben Thüringen, der Lausitz oder Vorpommern stecken auch das Saarland und Südost-niedersachsen, das Ruhrgebiet, Nordhessen und Nordbayern in einem schleichenden, aber kaum aufzuhaltenden Schrumpfungsprozess.

Manche Regionen Deutschlands erleben bereits eine regelrechte Bevölkerungs-Impllosion: Dort, wo es zu wenig Arbeit gibt, wo die Innenstädte zerfallen, Kneipen und Diskos leer stehen und Freibäder und Theater schließen, werden sich kaum junge Familien ansiedeln. Und wo der Bildungsgrad sinkt und qualifiziertes Personal fehlt, wird kaum ein größeres Industrieunternehmen investieren. All das bedeutet weniger Steuereinnahmen für die betroffenen Kommunen, die gleichzeitig mehr alte Menschen zu versorgen haben. Die Gemeinden müssen dann an anderer Stelle sparen, etwa die Bibliothek dicht machen und die Abgaben erhöhen. Nun sinkt die Chance, Neubürger anzulocken, weiter. Diese Abwärtsspirale zieht mittlerweile ganze Regionen nach unten. Die Abwanderung aus den Schrumpfungszonen in die attraktiven urbanen Großräume wird sich deshalb noch verstärken. Gleichzeitig wird sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen, die im Ausland geboren sind, weiter vergrößern. Sie werden in ein Land kommen, wo Fremde schon heute schlecht integriert sind.





Zukunftsfähigkeit der Regionen (Landkreise)

Ranking:
Metropolen versus Land

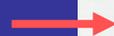


Bewertung Sachsen-Anhalt

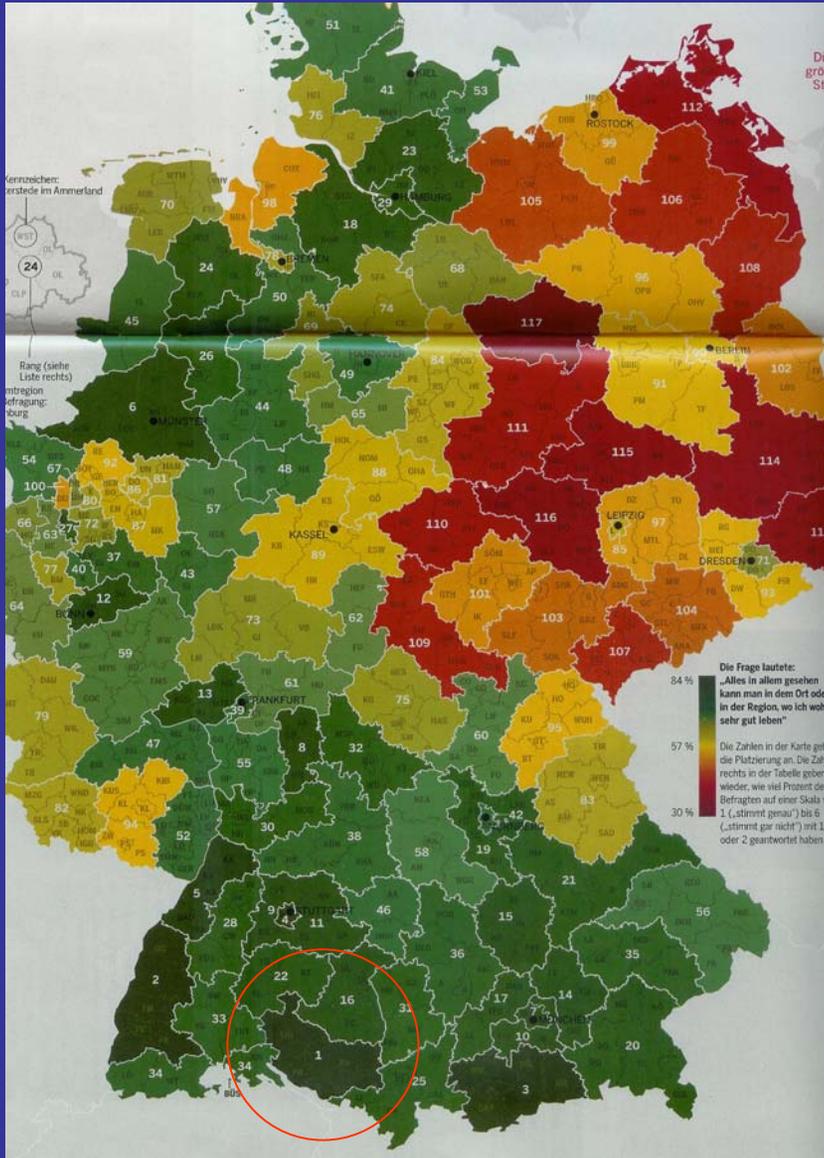
	Demografie						Wirtschaft						Integration			Bildung			Familienfr.			Flächenn.			GESAMTNOTE					
	Kinderzahl	Unter 20-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Arbeitsl.+Sozialh.	Hochbetagte	Wohnungsbau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.	Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kindergärten		Zwischennote*	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote	
SAW	Altmarkkreis Salzwedel	5	4	5	5	4	4	4,5	6	5	4	1	3	3	5	3,9	5	6	5,5	6	3	5	4,7	2	1	1,5	1	5	3,0	4,00
AZE	Anhalt-Zerbst	6	5	6	3	6	4	5,0	6	6	5	3	4	4	5	4,7	4	3	3,5	6	4	4	4,7	2	2	2,0	1	5	3,0	4,27
ASL	Aschersleben-Staßfurt	6	5	5	5	6	6	5,5	6	5	3	4	4	4	5	4,4	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	1	2,0	3	5	4,0	4,36
BBG	Bernburg	6	5	6	4	6	6	5,5	6	5	5	4	4	4	5	4,7	6	2	4,0	6	4	4	4,7	2	1	1,5	3	5	4,0	4,50
BTF	Bitterfeld	6	5	5	6	5	6	5,5	6	5	3	4	4	4	5	4,4	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	2	2,5	4	5	4,5	4,45
BÖ	Bördekreis	6	5	5	2	5	4	4,5	6	5	3	1	3	4	4	3,7	*	4	4,0	6	3	5	4,7	2	2	2,0	1	5	3,0	3,86
BLK	Burgenlandkreis	6	5	5	4	6	5	5,2	6	5	5	4	4	5	5	4,9	6	4	5,0	6	3	4	4,3	3	1	2,0	3	5	4,0	4,55
DE	Dessau	6	6	5	6	5	6	5,7	5	4	4	4	5	5	4	4,4	5	3	4,0	5	4	1	3,3	4	3	3,5	1	5	3,0	4,36
HBS	Halberstadt	5	5	5	4	5	5	4,8	6	5	5	2	4	4	4	4,3	1	4	2,5	6	3	5	4,7	3	2	2,5	2	6	4,0	4,14
HAL	Halle/Saale	6	5	3	6	4	4	4,7	5	3	4	3	6	4	5	4,3	4	4	4,0	6	3	1	3,3	5	2	3,5	5	6	5,5	4,27
JL	Jerichower Land	6	5	5	2	5	3	4,3	5	5	4	3	4	3	2	3,7	6	3	4,5	6	3	4	4,3	2	1	1,5	1	5	3,0	3,77
KÖT	Köthen	6	5	5	3	5	4	4,7	6	6	5	5	5	4	5	5,1	3	3	3,0	6	4	4	4,7	3	2	2,5	3	6	4,5	4,45
MD	Magdeburg	6	6	4	6	5	3	5,0	5	3	3	2	5	4	5	3,9	4	5	4,5	6	4	2	4,0	5	2	3,5	4	5	4,5	4,27
ML	Mansfelder Land	6	5	6	4	6	6	5,5	6	6	4	5	4	5	6	5,1	5	4	4,5	6	3	5	4,7	1	3	2,0	3	5	4,0	4,73
MQ	Merseburg-Querfurt	6	5	5	3	6	5	5,0	6	4	3	4	4	4	4	4,1	5	3	4,0	6	3	4	4,3	3	2	2,5	3	5	4,0	4,23
OK	Ohre-Kreis	6	5	5	1	5	1	3,8	5	5	3	1	3	3	2	3,1	5	6	5,5	5	3	4	4,0	2	2	2,0	1	5	3,0	3,55
QLB	Quedlinburg	6	5	6	5	6	6	5,7	6	6	5	4	5	5	5	5,1	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	2	2,5	3	4	3,5	4,64
SK	Saalkreis	6	5	6	1	4	1	3,8	5	5	5	1	3	2	1	3,1	5	6	5,5	5	3	3	3,7	1	3	2,0	3	5	4,0	3,59
SGH	Sangerhausen	6	5	5	5	6	6	5,5	6	6	4	4	4	4	5	4,7	5	3	4,0	6	3	5	4,7	2	1	1,5	2	5	3,5	4,45
SBK	Schönebeck	6	5	5	4	6	6	5,3	6	6	5	3	5	4	5	4,9	6	5	5,5	5	4	4	4,3	3	1	2,0	3	5	4,0	4,64
SDL	Stendal	6	4	5	5	5	6	5,2	6	5	3	4	4	3	5	4,3	6	3	4,5	6	3	5	4,7	3	2	2,5	1	6	3,5	4,36
WSF	Weißenfels	6	5	5	3	6	4	4,8	6	6	4	4	4	5	4	4,7	4	3	3,5	5	3	4	4,0	3	1	2,0	4	6	5,0	4,32
WR	Wernigerode	6	5	5	3	5	4	4,7	5	4	4	1	3	5	4	3,7	6	4	5,0	5	3	5	4,3	3	1	2,0	2	3	2,5	3,91
WB	Wittenberg	6	5	5	5	6	6	5,5	6	6	4	4	4	4	4	4,6	5	3	4,0	6	3	4	4,3	2	2	2,0	1	5	3,0	4,36



Dr. Harald Kegler, Labor für Regionalplanung, Dessau/Ferropolis



- besser als 2,06
- 2,06 bis 2,60
- 2,61 bis 3,15
- 3,16 bis 3,70
- 3,71 bis 4,25
- 4,26 bis 4,80
- 4,81 bis 5,35
- 5,36 und schlechter



weniger gut

Wohlfühlkarte Deutschland

sehr gut

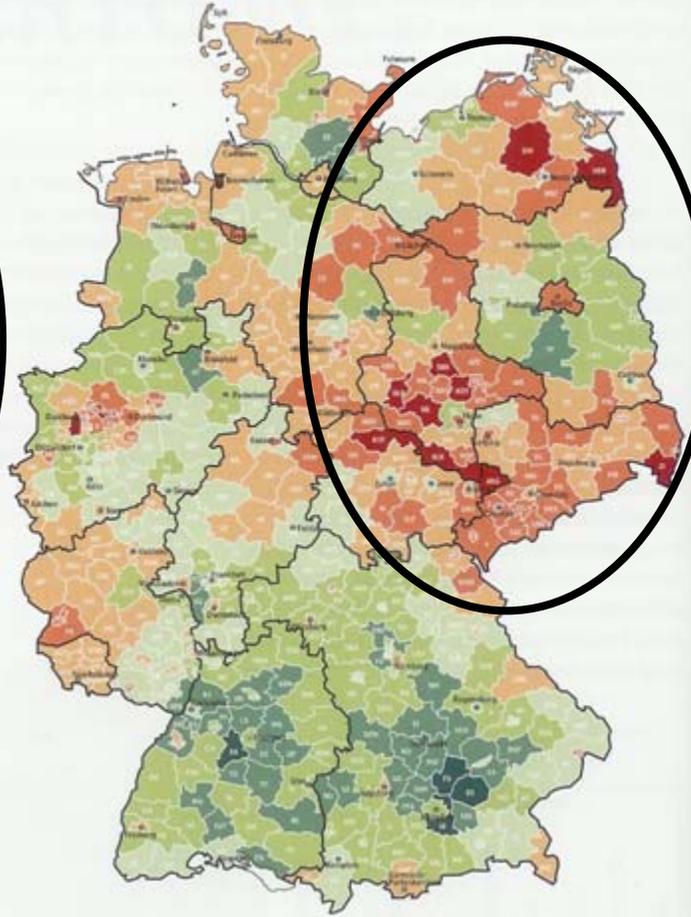
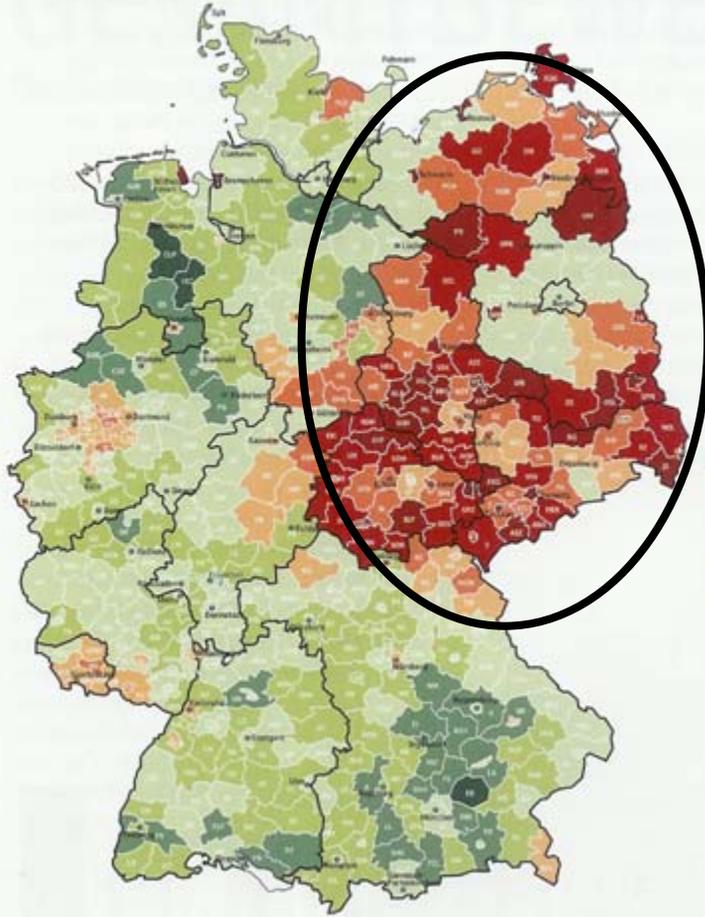
gut

schlechter



Zwischennote Demografie

Zwischennote Wirtschaft



tischen Angebot mangelt, ließ Vogler eine große Umfrage machen. Konsequenz: Nachtbusse, öffentliche PCs und ein Jugend-Infozentrum. All das gibt es jetzt. „Wir sind eine Zuwanderungsregion“, sagt Vogler. Viele junge Familien ziehen in die Nähe des Bodensees. Nicht nur,

weil es hier so grün ist, sondern weil es Beschäftigung gibt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei etwa fünf Prozent, einem der niedrigsten Werte bundesweit. Als auch hier immer mehr Traditionsfirmen geschlossen oder Arbeitsplätze nach China verlagerten wie etwa der Schlagbohrerhersteller Hawera, gelang es, moderne Betriebe anzusiedeln. Vogler schwärmt vom neu entstandenen „Pharmacenter“ in der Region.

SCHÖNE NATUR, intakte Gemeinschaft, neue Jobs – Bodensee-Oberschwaben ist für viele Menschen das Leben für Bürger angenehm und sorgenfrei macht. Das ist aber nicht alles, was die Deutschen zum Glück brauchen. Die repräsentativen Aussagen, die

Angst vor Arbeitslosigkeit

Am größten ist die Sorge um den Arbeitsplatz in Dessau. Hier glauben 57 Prozent der Menschen, dass die Situation schlechter wird. Am geringsten ist die Sorge wie schon im vergangenen Jahr in München, hier erwarten nur 28 Prozent der Menschen eine Verschlechterung



HERMANN VOGLER, 61, OBERBÜRGERMEISTER, RAVENSBURG „Wir brauchen wieder mehr Gemeinschaftssinn – der Staat kann nicht alles finanzieren“

die neueste Ausgabe von „Perspektive Deutschland“ ermöglichen, sind überraschend, manche werden sie als provozierend empfinden. Die Menschen in diesem Land möchten in einer Gesellschaft leben, die Leistung honoriert und sich den neuen Zwängen einer globalen Wirtschaft oder einer alternden Gesellschaft anpasst. Weitere Reformen werden ausdrücklich befürwortet. Aber: Dies alles und der Staat soll es richten.

Auf die Frage, ob sich die sozialen Unterschiede verkleinern sollten, antwortete in den „Perspektive“-Umfragen der vergangenen Jahre nur etwa die Hälfte mit Ja. Viele waren mit dem Status quo einverstanden. Diesmal ist es anders: Drei von vier Befragten sind der Meinung, dass die Gesellschaft mehr sozialen Kitt benötigt und die Unterschiede zwischen oben und unten verringert werden müssen.

Die Deutschen haben eine klare Vorstellung davon, wer für den Ausgleich →

Erwarten Sie, dass in den nächsten Jahren die Situation auf dem Arbeitsmarkt besser oder schlechter wird?*

schlechter			besser		
Rang	Region	Prozent*	Rang	Region	Prozent*
1	Dessau	57	31	Hildesheim	44
2	Altmark	56	32	Arnsberg	44
3	Lausitz-Spreewald	56	33	Saar	44
4	Nordthüringen	56	34	Dresden	44
5	Uckermark-Barnim	55	35	Ostessen	43
6	Halle/Saale	55	36	Donau-Iller (BY)	43
7	Südthüringen	54	37	Bielefeld	43
8	Niedersachsen	54	38	Emseher-Lippe	43
9	Oberlausitz-Niederschl.	53	39	Berlin	42
10	Mittelthüringen	53	40	Braunschweig	42
11	Ostthüringen	52	41	Bremerhaven	42
12	Mecklenburgische Seenpl.	52	42	Niederrhein	42
13	Chemnitz-Erzgebirge	51	43	Bochum/Wagen	42
14	Südwestsachsen	51	44	Oberhausen/Mühlheim	42
15	Mittleres Meckl./Rostock	51	45	Bremen	41
16	Magdeburg	51	46	Mittelhessen	41
17	Vorpommern	50	47	Dortmund	41
18	Prignitz-Oberhavell	50	48	Aachen	41
19	Oberes Elbtal/Ostergelh.	50	49	Oberfranken Ost	41
20	Westmecklenburg	50	50	Schleswig-Holst. Süd-West	41
21	Havelland-Filmäng	48	51	Donau-Wald	41
22	Paderborn	47	52	Erftkreis	40
23	Oberpfalz-Nord	46	53	Bremen-Umland	40
24	Oderland-Spree	45	54	Duisburg	40
25	Westpfalz	45	55	Essen	40
26	Leipzig	45	56	Nordhessen	40
27	Göttingen	45	57	Westmittelfranken	40
28	Hamm	45	58	Schleswig-Holstein Ost	40
29	Schaumburg/Nienburg	45	59	Onstnabick	39
30	Oberfranken West	45	60	Unterer Neckar	39
				Schleswig-Holstein Mitte	39
				Bayerischer Untermain	39
				Schleswig-Holst. Nord-W.	39
				Main-Rhin	39
				Ostwürttemberg	39
				Ingolstadt	39
				Münster	39
				Rheinpfalz	39
				Mittelfr.-Westerrwald	38
				Franken	38
				Hannover	38
				Leverkusen/Bergisches L.	38
				Köln-Stadt	38
				Regensburg	38
				Nordschwarzwald	38
				Wuppertal	38
				Oldenburg	37
				Ost-Friesland	37
				Krefeld/Neuss	37
				Südheide	37
				Augsburg	37
				Trier	37
				Emsland	37
				Landshut	37
				Mönchenglabb./Viersen	37
				Lüneburg	37
				Ludwigsburg/Böblingen	37
				Offenbach/Kincau	36
				München, nordw. Umland	36
				Südostoberbayern	36
				Schwarzw.-Saar-Heuberg	36
				Würzburg	36
				Frankfurt	36
				Starkenburg	36
				Dortau-Iller (BW)	36
				Industriereg. Mittelfranken	36
				Hamburg, Umland Süd	36
				Allgäu	36
				Hamburg	35
				Neckar-Alb	35
				Mittlerer Oberrhein	35
				Düsseldorf	35
				Bonn	35
				Stuttgart, ostl. Umland	35
				Bodensee-Oberschwaben	35
				Rheinl.-Nähe	35
				Schleswig-Holstein Süd	34
				Hohelheim-Bodensee	34
				Ebersberg/Erding/Freising	34
				Nürnberg	34
				Oberland	33
				Südlicher Oberrhein	32
				Siegen	32
				Starnberg/LK München	31
				Wiesbaden/Taunus	31
				Stuttgart	30
				München	28





Schlechte Noten von den Kreditgebern

Die international renommierte Rating-Agentur Standard & Poor's mit Sitz in New York hat im September 2003 die Kreditwürdigkeit von Sachsen-Anhalt mit „AA-“, also unterhalb der Bestnote „AAA“ eingestuft. Die Einstufung eines Bundeslandes in der Bankenbranche gleichbedeutend mit einem erhöhten Ausfallrisiko für Kredite, die ein Land oder ein Unternehmen aufnimmt. Je schlechter das Rating, desto höher die Zinsen, die für eine Anleihe bezahlt werden müssen. Ausdrücklich machen die Analysten für ihre Benotung Sachsen-Anhalts auch demografische Gründe geltend: Der Bevölkerungsrückgang von zehn Prozent innerhalb von zwölf Jahren habe negative Folgen für das Wirtschaftswachstum. Zudem sei kein Ende des Schwundes abzusehen. Bemängelt wird in der Standard &

Poor's-Analyse ferner die bundesweit höchste und auch im internationalen Maßstab hohe Arbeitslosenquote, die wachsende Verschuldung des Bundeslandes, sinkende Einnahmen im Landeshaushalt und ein Bruttosozialprodukt, das nur 70 Prozent des Durchschnitts-Niveaus der 15 EU-Staaten erreicht.

Anders als Sachsen-Anhalt erreichen Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg leicht das Spitzenrating „AAA“ – ein Qualitätssiegel für Investoren und Anleger auf internationalen Kapitalmärkten. In Bayern müssen nur drei Prozent der Steuereinnahmen für Zinszahlungen aufgewendet werden – in Sachsen-Anhalt sind es zehn Prozent.

Bewertung Sachsen-Anhalt

	Demografie				Wirtschaft				Integration		Bildung		Familienfr.		Flächenn.		GESAMTNOTE													
	Kinderzahl Unter 20-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Natürlicher Saldo	Prognose	Zwischennote	Kaufkraft	Bruttoinlandspr.	Gestaltungsquote	Erwerbstätigkeit	Abhörl.-Sozialh.	Hochbezüge	Wohnungsbaubau	Zwischennote	Bildungschancen	Ausländer/Arbeitsl.		Zwischennote	Schulabgänger	Ausbildungsplätze	Hochqualifizierte	Zwischennote	Singelhaushalte	Kindergärten	Freifläche	Fremdenverkehr	Zwischennote			
SAW Altmarkkreis Salzwedel	5	4	5	5	4	4	4,5	6	5	4	1	3	3	3	5	3,9	5	6	5,5	6	3	5	4,7	2	1	1,5	1	5	3,0	4,00
AZE Anhalt-Zerbst	6	5	6	3	6	4	5,0	6	6	5	3	4	4	5	4,7	4	3	3,5	6	4	4	4,7	2	2	2,0	1	5	3,0	4,27	
ASL Aschersleben-Staßfurt	6	5	5	6	6	5,5	6	5	3	4	4	4	5	4,4	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	1	2,0	3	5	4,0	4,36		
BBG Bernburg	6	5	6	4	6	6	5,5	6	5	5	4	4	4	5	4,7	6	5	4,0	6	4	4	4,7	2	1	1,5	3	5	4,0	4,50	
BTF Bitterfeld	6	5	6	5	6	5,5	6	5	3	4	4	4	5	4,4	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	2	2,5	4	5	4,5	4,45		
BÖ Bördekreis	6	5	5	2	5	4	4,5	6	5	3	1	3	4	4	3,7	4	4,0	6	3	5	4,7	2	2	2,0	1	1,5	3,0	3,60		
BLK Burgenlandkreis	6	5	5	4	6	5	5	6	5	3	4	4	4	5	4,7	4	3	3,5	6	4	4	4,7	2	2	2,0	1	5	3,0	4,55	
DE Dessau	6	5	6	6	5	6	5,5	6	5	4	1	3	3	4	4	3,7	4	4,0	6	3	5	4,7	2	2	2,0	1	5	3,0	4,36	
HBS Halberstadt	5	5	5	5	5	4,4	4	5	5	4	4	4	4	5	4,7	5	3	3,5	5	3	5	4,7	3	2	2,5	2	6	4,0	4,34	
HAL Halle/Saale	6	5	3	6	4	4	4	4	5	3	3	4	4	4	4	4	4,0	5	3	1	3,3	5	2	3,5	5	6	5,5	4,27		
JL Jerichower Land	6	5	5	2	5	3	4	4	5	3	3	3	3	4	4	4	4,0	6	3	4	4,3	2	1	1,5	1	5	3,0	3,77		
KÖT Köthen	6	5	5	3	5	4	4,7	6	6	5	5	5	4	5	5,1	3	3	3,0	6	4	4	4,7	3	2	2,5	3	6	4,5	4,45	
MID Magdeburg	6	6	4	6	5	3	5,0	5	3	3	2	5	4	5	3,9	4	5	4,5	6	4	4	4,0	5	2	3,5	4	5	4,5	4,27	
ML Mansfelder Land	6	5	6	4	6	6	5,5	6	6	4	5	4	4	4	4	5	4	4,5	6	3	5	4,7	1	1	3	2	3	5	4,0	4,73
MQ Merseburg-Querfurt	6	5	5	3	6	5	5,0	6	4	3	4	4	4	4	4	1	5	3	4,0	6	3	4	4,3	3	2	2,5	3	5	4,0	4,23
OK Ohre-Kreis	6	5	5	1	5	1	3,8	5	5	3	1	3	3	2	3,1	5	6	5,5	5	3	4	4,0	2	2	2,0	1	1	5	3,0	3,50
QLB Quedlinburg	6	5	6	5	6	6	5,7	6	6	5	4	5	5	5	5,1	4	3	3,5	6	3	4	4,3	3	2	2,5	3	4	3,5	4,64	
SK Saalkreis	6	5	6	1	4	1	3,8	5	5	5	1	3	2	1	3,1	5	6	5,5	5	3	3	3,7	1	1	2	3	5	4,0	3,50	
SGH Sangerhausen	6	5	5	6	6	5,5	6	6	4	4	4	4	4	5	4,7	5	3	4,0	6	3	5	4,7	2	1	1,5	2	5	3,5	4,45	
SBK Schönebeck	6	5	4	6	6	5,3	6	6	5	3	5	4	5	4,9	6	5	5,5	5	4	4	4,3	3	1	2,0	3	5	4,0	4,64		
SDL Stendal	6	4	5	5	6	5,2	6	5	3	4	4	3	5	4,3	6	3	4,5	6	3	5	4,7	3	2	2,5	1	1	6	3,5	4,36	
VSF Weißenfels	6	5	5	3	6	4	4,8	6	6	4	4	4	5	4	4,7	4	3	3,5	5	3	4	4,0	3	1	2,0	4	6	5,0	4,32	
WR Wernigerode	6	5	5	3	5	4	4,7	5	4	4	1	3	5	4	3,7	6	4	5,0	5	3	5	4,3	3	1	2,0	2	3	2,5	3,91	
WB Wittenberg	6	5	5	6	6	5,5	6	6	4	4	4	4	4	4	4,6	5	3	4,0	6	3	4	4,3	2	2	2,0	1	1	5	3,0	4,36

Rating ...



„Es ist kein Ende abzusehen“

MZ-Gespräch mit Steffen Kröhnert über die Abwanderung aus Ostdeutschland

Berlin/MZ. Ostdeutschland hat seit der Wende rund eine Million Menschen durch Abwanderung in die alten Bundesländer verloren. 2005 hat sich der Trend abgeschwächt. Darüber sprach unsere Korrespondentin Sibylle Quenett mit Sozialwissenschaftler Steffen Kröhnert. Er diplomierte am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Seit 2002 arbeitet er im Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Sein For-



Sozialwissenschaftler Steffen Kröhnert vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Foto: Archiv

schungsschwerpunkt ist die regionale Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Europa sowie deren soziale und ökonomische Auswirkungen.

Herr Kröhnert, die Ost-West-Wanderung schwächt sich ab, aber ist damit auch ein Ende absehbar?

Kröhnert: Die Abschwächung ist zunächst einmal die Folge davon, dass die wanderungsaktivsten Altersgruppen, also die jüngeren, schrumpfen. Es geht immer nur ein gewisser Prozentsatz. Deswegen sinken die absoluten Zahlen. Grundsätzlich ist aber noch kein Ende abzusehen, weil die Ausbil-

dungs- und Arbeitsmöglichkeiten für diese jüngere Generation noch nicht ausreichend sind.

Gibt es in Ostdeutschland regionale Unterschiede?

Kröhnert: Ja. Mittlerweile gibt es Städte wie Dresden, Leipzig, Jena oder Potsdam, die nicht mehr von Abwanderung betroffen sind. Dort wo eine moderne Wirtschaft Fuß gefasst hat, und Bildungsinstitutionen Städte für junge Menschen attraktiv machen. Das sind Kerne der Stabilität. Die ländlichen Räume verlieren hingegen weiter stark Einwohner, zum Teil durch Abwanderung, zum Teil durch einen Sterbeüberschuss. Besonders stark betrifft das Regionen, wo alte Industrien einen Niedergang erlebt haben, etwa in der Lausitz oder in Sachsen-Anhalt.

Welche Konsequenzen müssen dauerhaft gezogen werden?

Kröhnert: Es muss klar sein, dass sich diese ländlichen Räume in den neuen Bundesländern dauerhaft auf eine sehr viel niedrigere Einwohnerzahl einstellen müssen. Menschen leben dort, wo sie ihren Lebensunterhalt verdienen können. Das sind andere Räume als früher, weil sich die Wirtschaftsstruktur geändert hat.

Wie können sich diese Regionen entwickeln?

Kröhnert: Es können sich neue zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen bilden, etwa in Mecklenburg-



Vorpommern im Tourismus. Aber damit ist noch nicht gesagt, wie viele Menschen darin Arbeit finden. Ähnliches ist mit innovativer Landwirtschaft denkbar, die aber ebenfalls weniger Menschen als früher beschäftigt. Regionen, die gar nichts aufzuweisen haben, die können sich auch völlig entleeren. Das hat man in anderen Ländern, etwa in Nordportugal, gesehen.

„Städte wie Dresden, Leipzig, Jena oder Potsdam sind Kerne der Stabilität.“

Wie geht es auf dem Land weiter?

Kröhnert: Wir diskutieren darüber so intensiv, weil wir in den

letzten 50 Jahren ununterbrochenes Wachstum hatten. Außerdem ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse immer sehr hochgehalten worden. Da hat man immer an eine Angleichung nach oben gedacht. Das ist jetzt nicht mehr möglich.

Unbestreitbar besteht ein gesellschaftliches Problem in der Übergangsphase. Die Frage ist, wie man die zumeist älteren Menschen in diesen Regionen versorgt. Wer dort bleibt, wird teilweise massive Einschränkungen in der Lebensqualität hinnehmen müssen. Man kann nicht alle Dörfer mit Infrastruktur gleichwertig versorgen. Das wird sich auf wenige mittlere Zentren konzentrieren.



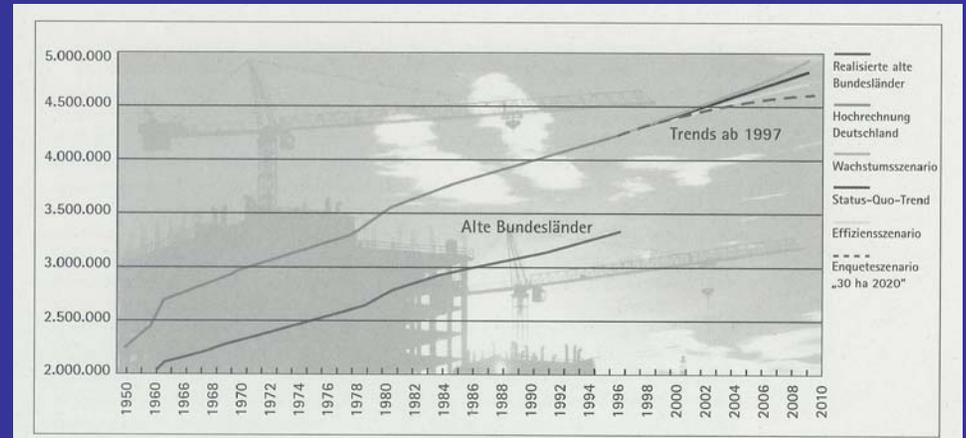
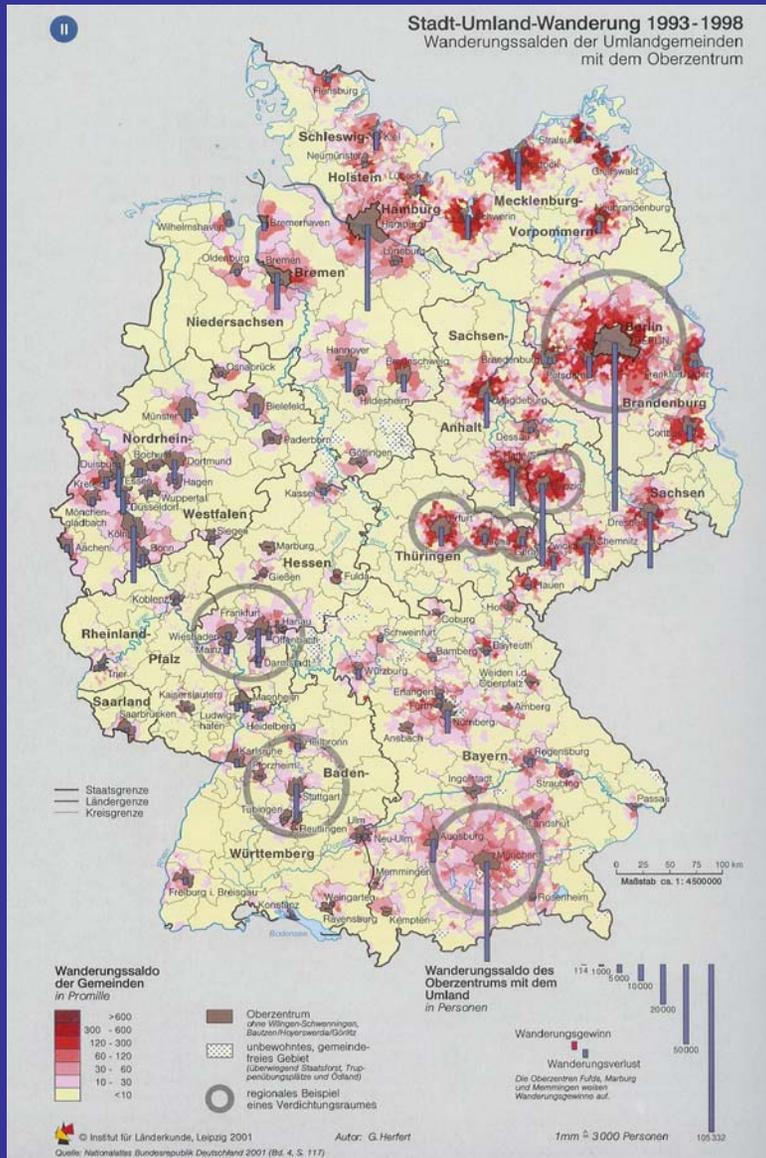


Abb. 6: Entwicklung des Flächenverbrauchs für Siedlung und Verkehr von 1950 bis 2010 mit Trendrechnungen ab 1997

Flächenverbrauch: Täglich 100 ha
Ziel: 30 ha! (2020)





Stadtumbau ...
Dorfumbau ...



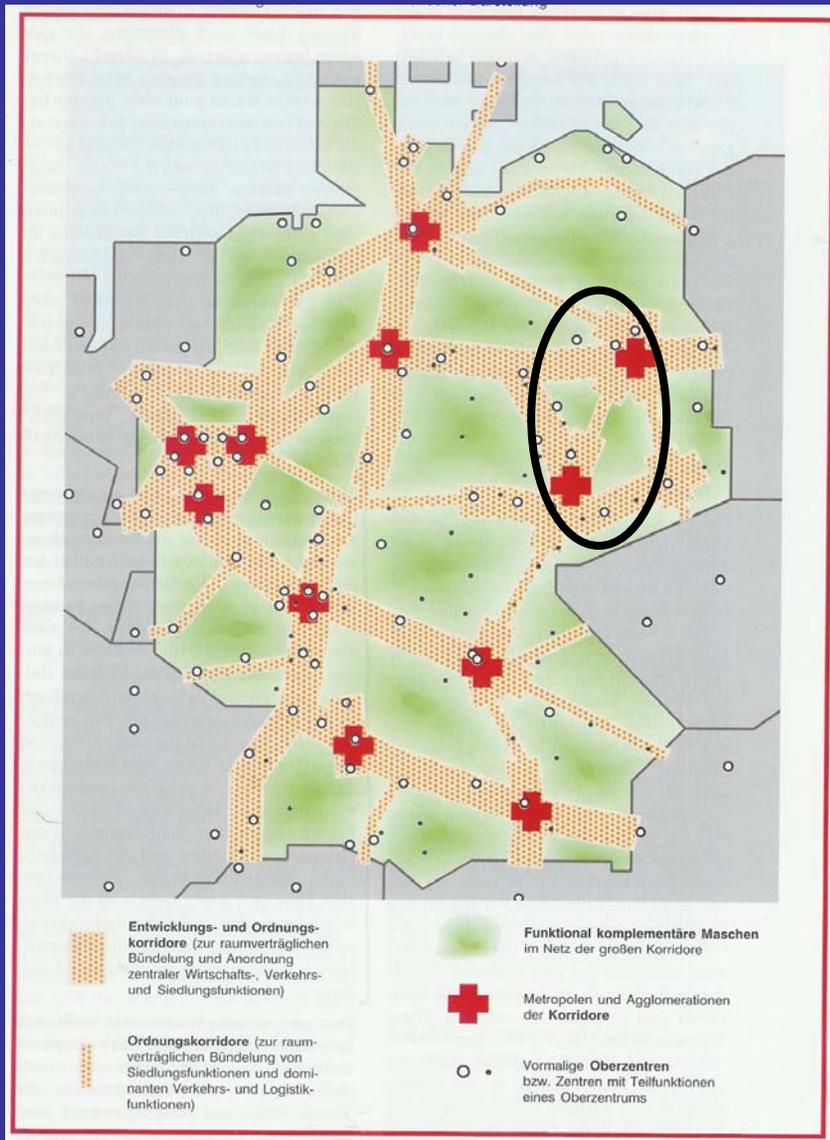
Leerstand, Abriss, Autoorientierung &
„Vervorstädterung“

VISION

Korridore in Deutschland:

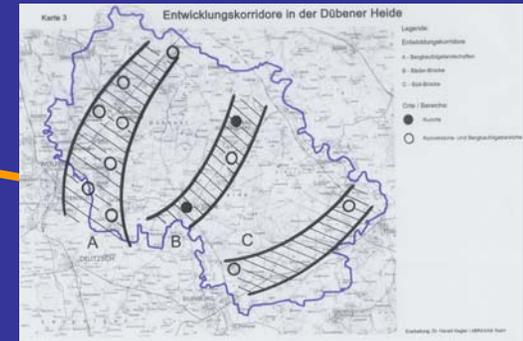
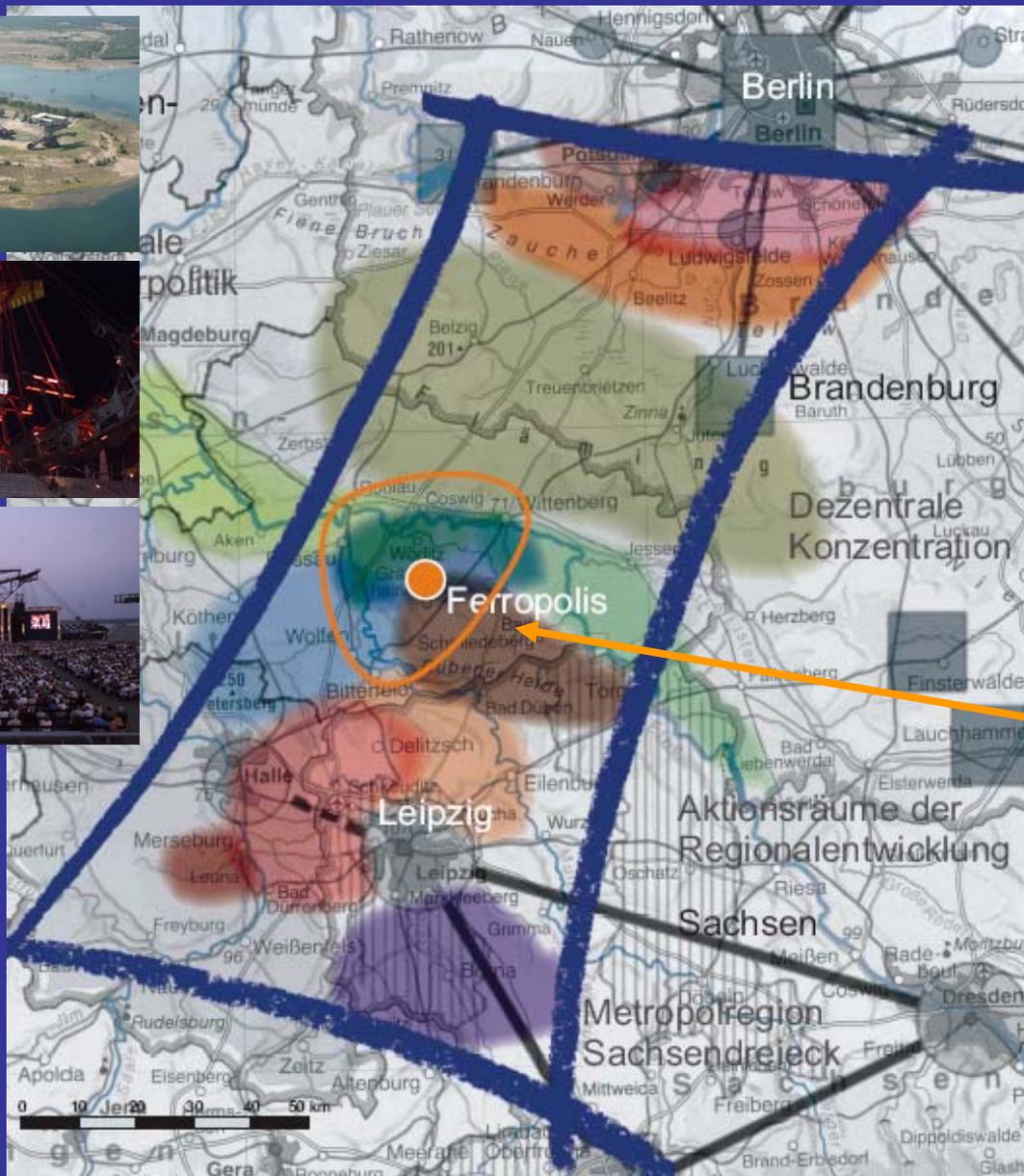
Strategien für Nachhaltigkeit -
Empfehlungen der Wissenschaft ...

- Metropolen als Anker
- Verdichtungskorridore
- *Stabilisierungsräume in Korridoren*
- Ausgleichsräume/flächige Netze



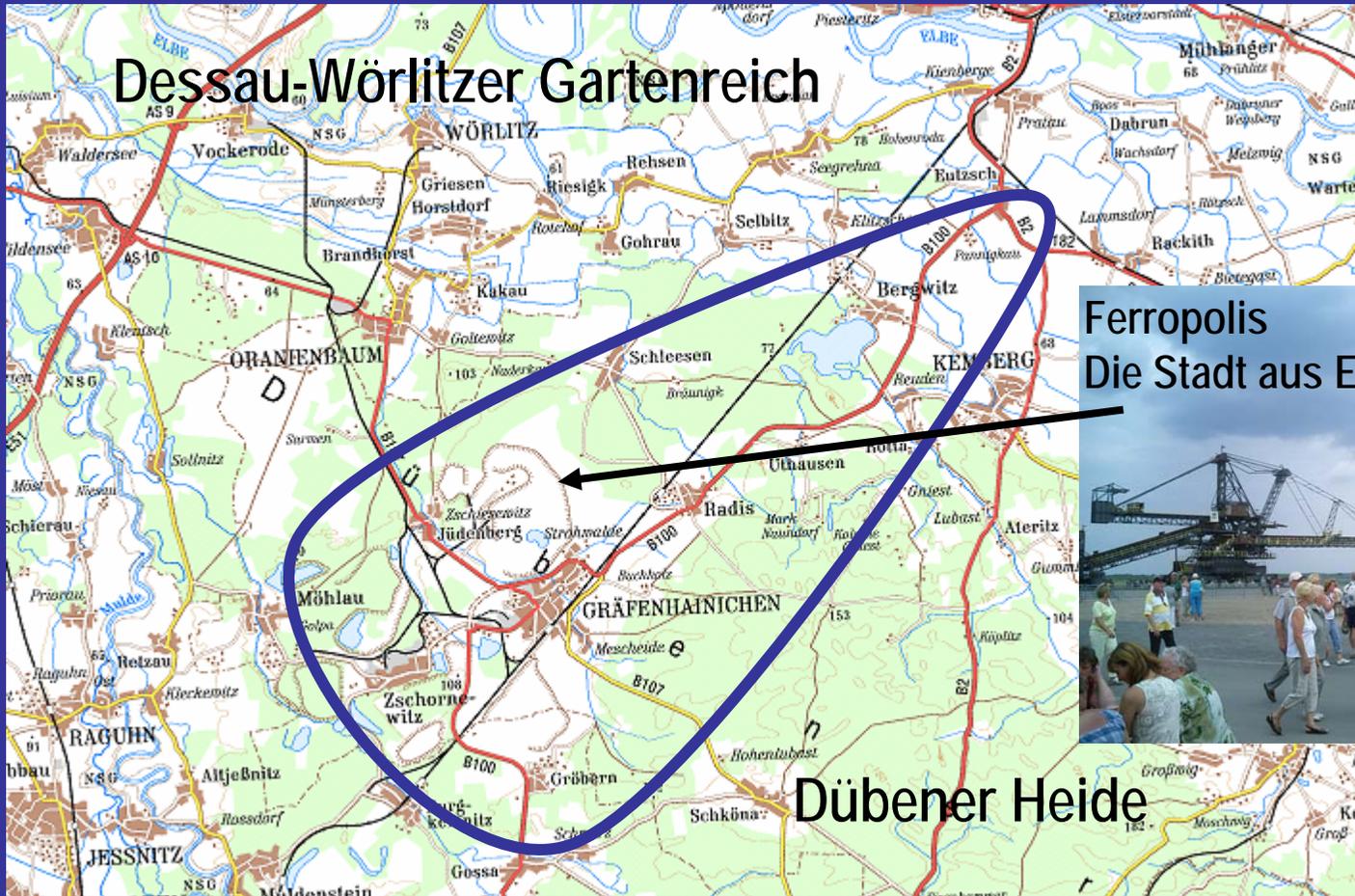
Vision:

Regionalpark Mitteldeutschland



Dr. Harald Kegler, Labor für Regionalplanung, Dessau/Ferropolis



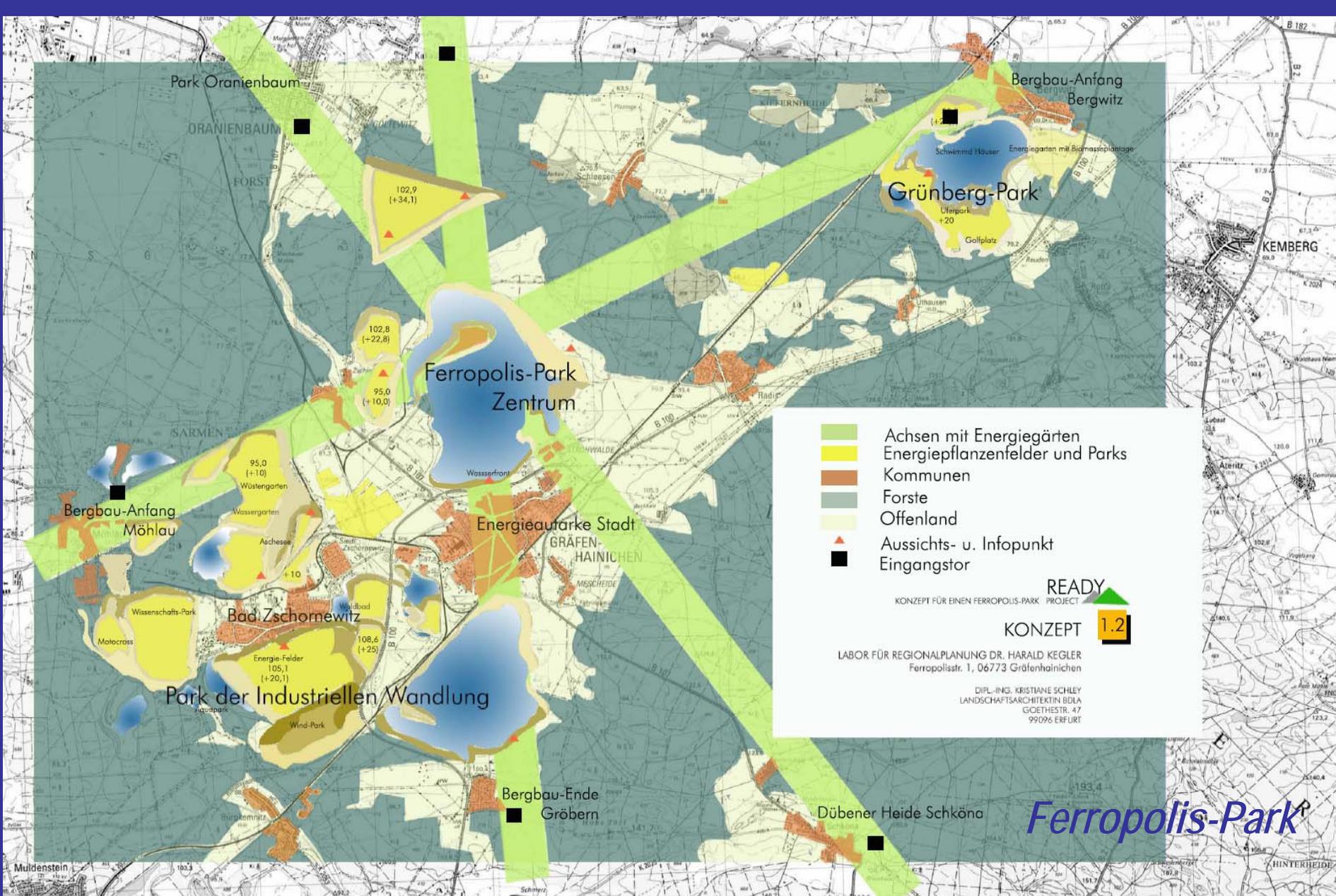


Ferropolis
Die Stadt aus Eisen



Dübener Heide

**„FERROPOLIS-PARK“ – ein drei Seen-Park
zwischen Gartenreich und Dübener Heide**



Dr. Harald Kegler, Labor für Regionalplanung, Dessau/Ferropolis

Strategie/Ziel:

Erdölfreies Schweden bis 2020

Regierung will grüne Wende bei Heizung und Stromerzeugung

Von Bernd Parusel, Stockholm

In fünfzehn Jahren soll Schweden als »grünes Volksheim« unabhängig von Erdölimporten sein. Die Regierung setzt auf alternative Kraftstoffe, Windenergie und Fernwärme.

Die Wirbelstürme »Katrina« und »Rita«, aber auch der Orkan »Gudrun«, der im Januar Südschweden heimsuchte, sind an der Politik des nordischen Landes nicht spurlos vorübergegangen. Die sozialdemokratische Energie- und Infrastrukturministerin Mona Sahlin rief dieser Tage angesichts von Klimaerwärmung und steigenden Ölpreisen ein neues umweltpolitisches Ziel aus: »Schweden soll das erste Land sein, das seine Abhängigkeit vom Erdöl durchbricht«, schrieb die Verfechterin eines als »grünes Volksheim« bezeichneten ökologischen Wohlfahrtsstaats in einem Beitrag für die Tageszeitung »Dagens Nyheter«. Bis 2020 sollten fossile Brennstoffe komplett durch erneuerbare Energien ersetzt werden.

Mona Sahlin wird in Schweden häufig als »Pratminister« verspottet – als Politikerin, die mehr redet als handelt. Das Ziel eines komplett erdölfreien Schwedens erscheint vielen deshalb als zu hoch gegriffen. Aber einige konkrete Maßnahmen sind bereits in Vorberei-

zung. Ab kommendem Jahr will die Regierung Privathaushalte dabei unterstützen, von Ölheizungen auf Pelletöfen, Fernwärme und andere Heizsysteme umzusteigen. Für ein Drittel der Umstellungskosten will der Staat aufkommen. Sahlin nannte es »inakzeptabel«, dass viele Eigenheimbesitzer auf Öl angewiesen seien und bei steigenden Ölpreisen unter erdrückenden Heizkosten zu leiden hätten. Öffentliche Einrichtungen wie zum Beispiel Bibliotheken, Schwimmbäder und Krankenhäuser sollen bei alternativen Heizsystemen eine Vorreiterrolle übernehmen. Für sie gibt es schon heute staatliche Beihilfen.

Auch bei der Stromerzeugung will die Regierung neue Wege gehen und sowohl von der Atomenergie als auch von fossilen Energieträgern wegkommen. Schon seit Jahrzehnten deckt Schweden bis zu fünfzig Prozent seines Strombedarfs aus Wasserkraft. Hier sind weitere Investitionen, wenn auch keine neuen Großprojekte, denkbar. Vor allem schwebt der Regierung aber ein »Durchbruch für die Windkraft« vor. So sind große Offshore-Windparks in der Ostsee in Planung oder schon im Bau. Daneben sollen mehr Gelder für Forschungen in effektivere Energienutzung bereitgestellt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des »grünen Volksheims« ist der

Transportbereich. Um die Landbevölkerung, die auf das Auto angewiesen ist, nicht zu verärgern, sind keine drastischen Mineralölsteuererhöhungen vorgesehen. Jedoch sieht der kürzlich vorgelegte Haushalt 2006 vor, die Kfz-Steuern für Busse und Lkw zu erhöhen. Zudem müssen Flugreisende in Schweden ab Mai 2006 erstmals eine Umweltabgabe von 5,30 bis 10,70 Euro pro Ticket abführen. Und in Stockholm, wo der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut ist, soll eine Citymaut für Pkw nach Londoner Vorbild getestet werden. Schließlich will die Regierung in alternative Kraftstoffe und Technik investieren. Wegen des steigenden Benzinspreises interessieren sich immer mehr Schweden für sparsame Autos, die mit Hybridantrieb oder mit dem Ethanolkraftstoff E85 laufen, der an immer mehr Tankstellen verkauft wird. Ministerin Sahlin will auch dem gewöhnlichen Superbenzin einen höheren Ethanolanteil beimischen lassen.

Aus der schwedischen Wirtschaft kamen bisher kaum Reaktionen auf die Umstellungspläne. Die Realisierung der ehrgeizigen Ziele könnte dadurch erleichtert werden, dass der größte heimische Energiekonzern Vattenfall im Besitz des Staates ist und die Regierung mit direkten Vorgaben die Investitionspolitik des Stromversorgers steuern kann.

ND
11.10.05

Stadt mit neuer Energie

Gräfenhainichen 2020

Material über die Terminalpräsentation im Informationszentrum

„FERROPOLIS-PARK“

Dr. Harald Kegler, Labor für Regionalplanung, Dessau/Ferropolis



Grußwort

Naturparkidee wird in Sachsen-Anhalt mit Leben erfüllt



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2006 ist ein besonderes Jahr. Wir blicken am 22. Oktober auf 100 Jahre staatlichen Naturschutz zurück. Zugleich ist 2006 das Jahr der Naturparke. Vor 50 Jahren begann die Entwicklung der Naturparke. Herausragende Kultur- und Naturlandschaften sollen sowohl der Natur Schutz als auch uns Menschen Lebens- und Erholungsräume bieten. Damit tragen Naturparke in besonderer Weise zur nachhaltigen Entwicklung von Regionen bei. Heute gibt es in Deutschland bereits 95 Naturparke. Sie nehmen fast 25 Prozent der Landesfläche ein.

Mit der deutschen Wiedervereinigung gab es für die Entwicklung der Naturparke einen kräftigen Schub. Sachsen-Anhalt macht dabei keine Ausnahme und beweist, dass die Naturparkidee mit Leben erfüllt ist. Erst unlängst wurden Gebiete im westlichen Fläming und das Untere Saaletal als Naturpark durch Verordnung erklärt. Inzwischen gibt es insgesamt sechs Naturparke in Sachsen-Anhalt. Allein in den vergangenen vier Jahren ist es somit gelungen, die Zahl der Naturparke zu verdoppeln. Zugleich wurde die einstige Fläche von knapp 139.000 Hektar auf das Dreifache, also auf über 428.000 Hektar, erweitert.

Die Erfahrungen in Sachsen-Anhalt zeigen, dass das Miteinander von staatlichem und ehrenamtlichem Engagement Erfolge ermöglicht. Die kontinuierliche Arbeit vor Ort trägt zur Akzeptanz in der Bevölkerung bei.

Fast alle Lebensbereiche werden tangiert. Dabei gilt es, vertretbare Wege zwischen Wohlstandsansprüchen, Wirtschaft und verträglicher Naturbeanspruchung zu finden. Das bedarf neuer Formen der Kommunikation und macht neue Bündnisse notwendig. Das sind Herausforderungen, denen sich die Beteiligten weiter konsequent stellen müssen. Dafür wünsche ich allen Akteuren viel Kraft und Erfolg.

Ihre Petra Wernicke
Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt
des Landes Sachsen-Anhalt

Projekt 42 Städtebund Dübener Heide setzt auf neue Energieformen

Nach neuen Wegen in der Energiepolitik haben sich die Bürgermeister der Heidestädte vom 21. bis 23. September 2006 im fernen Güssing umgesehen. Die österreichische Kleinstadt an der ungarischen Grenze ist Sitz des „Europäischen Zentrums für erneuerbare Energien“ und ein Mekka für Ökoenergie-Touristen aus der ganzen Welt.



Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte, mit diesem chinesischen Sprichwort charakterisierte der derzeitige Vorsitzende des Städtebundes Dübener Heide, der Gräfenhainicher Bürgermeister Harry Rußbütt die Ziele dieser Reise. Was vielen noch visionär erscheint, in Güssing ist es bereits Realität geworden. Ein Ort, der sich und seine Umgebung nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien speist. Wärme, Kraftstoff und Strom werden durch Holz, Raps und Sonnenenergie erzeugt. Dadurch wurde Güssing zur energieautarken und umweltfreundlichsten Stadt Österreichs.



Innerhalb von zehn Jahren entstanden u. a. ein Biomassekraftwerk, eine Biodiesel-Anlage, ein Fernheizwerk auf Hackschnittelbasis und mehr als zwanzig weitere Umwelanlagen in der Region. In der Folge ist es der Stadt gelungen zahlreiche Unternehmen am Ort anzusiedeln. So befindet sich heute u. a. die größte Parkettfabrik Österreichs in Güssing. Die hier anfallenden Holzabfälle werden im Fernheizwerk in Wärmeenergie umgewandelt, die wiederum die Trockenkammern der Parkettfabrik speist, ein effizienter Kreislauf.

Der gesamte Holzbedarf für das Heizwerk mit einer Kapazität von 14 MWh liegt bei etwa 2500 kg/h, das sind rund 20.000 Tonnen pro Jahr. Um dies abzust-



chern, gibt es langfristige Verträge mit dem Verband der Waldbauern. Dies sichert auf der einen Seite kalkulierbare Preise und auf der anderen Seite dauerhaften Absatz.

Im Gespräch nennt Güssings Bürgermeister Peter Vadasz Zahlen: 35 Kilometer Fernwärmeleitungen wurden im Ort gebaut, drei Viertel aller Häuser sind angeschlossen, für 5.000 EUR pro Hausanschluss, die Kilowattstunde kostet 5 Cent und für Großabnehmer 3,6 Cent. Auch wenn die österreichischen Bedingungen nicht so ohne weiteres mit denen in Deutschland vergleichbar sind. Eins wird deutlich, für die Bürger hat es sich gelohnt und auch für die Wirtschaft. Die hat hier in den letzten Jahren 1.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Allein 125 Arbeitsplätze entstanden auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung.

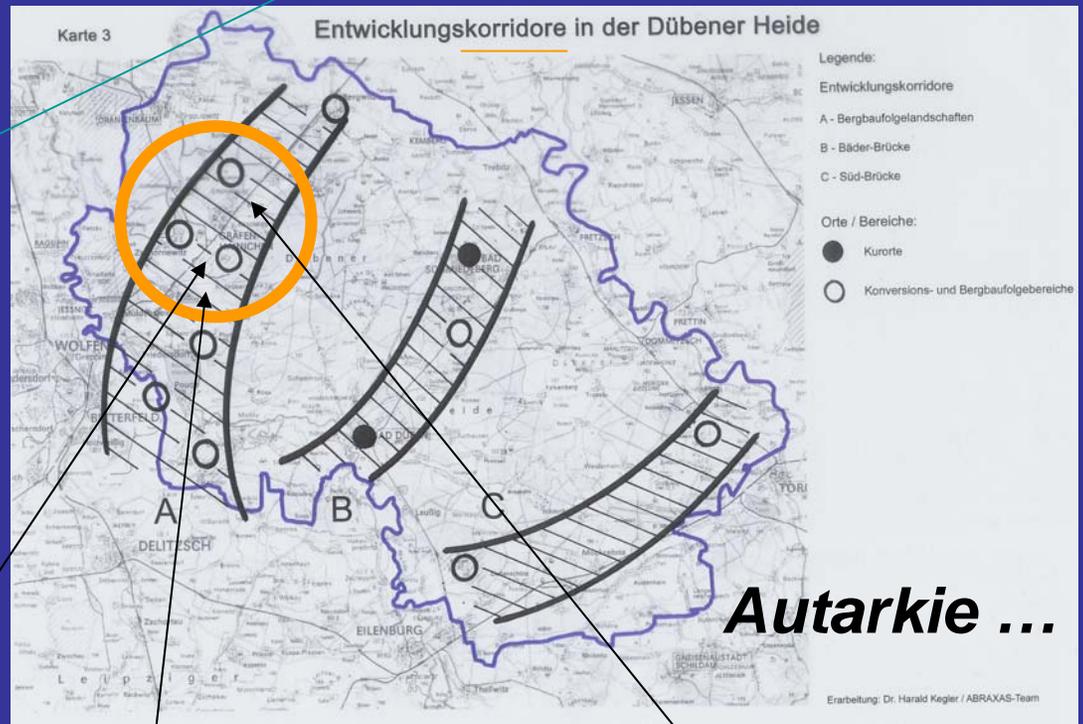
Das sich vieles auch auf die Region der Dübener Heide übertragen lässt, darüber waren sich die Teilnehmer der Reise einig. Gräfenhainichen als Bundespreissträger „Stadt der erneuerbaren Energien“ hat die Zeichen der Zeit bereits richtig gedeutet und nimmt eine gewisse Vorreiterrolle ein. Andere Heidestädte ziehen nach.

Wenn Peter Vadasz am 30. Oktober 2006 Wittenberg besucht und über das Erfolgsmodell Güssing in der Sparkasse referieren wird, dürfte er ganz sicher auf offene Ohren stoßen und so manchen Skeptiker am Ende überzeugen.

Städtebund Dübener Heide



Post-Industrie-Region: Die Zukunft beginnt ...



Dr. Harald Kegler, Labor für Regionalplanung, Dessau/Ferropolis



